



NIEDERSCHRIFT

Gremium	Finanz- und Wirtschaftsausschuss
Sitzungsnummer	50. Sitzung
Datum	Dienstag, den 01.02.2011
Sitzungsbeginn	18:05 Uhr
Sitzungsende	21:55 Uhr
Sitzungsort	Sitzungsraum Nr. 003/004 des Neuen Rathauses

**Anwesend waren:
vom Gremium:**

Ausschussvorsitzender Heyer,	CDU
Fraktionsvorsitzende Lefèvre,	FW
Stadtverordneter Schäfer,	SPD
Stadtverordnete Droß,	SPD
Stadtverordneter Kleber,	SPD
Stadtverordneter Wagner,	SPD
Stadtverordneter Breidsprecher,	CDU
Stadtverordneter Hedderich,	CDU
Stadtverordneter Müller,	FW
Stadtverordneter Borchers,	B90/Grüne
Stadtverordneter Meißner, (i.V.f. FrkV Dr. Bürger)	FDP

vom Magistrat:

Oberbürgermeister Dette,	FDP
--------------------------	-----

von der Verwaltung:

Herr Peters, Rechtsamt	ohne
Herr Bauer, Kämmerei	ohne
Frau Simon, Simon	ohne
Herr Schäffner, Eigenbetrieb Stadtreinigung	ohne

Herr Kaiser, Eigenbetrieb Stadtreinigung

ohne

vom Büro der Stadtverordnetenversammlung:

Herr Nickel, als Schriftführer
Herr Lehne

ferner waren anwesend:

FrkV Michalek, Bündnis 90/ Die Grünen

AV H e y e r eröffnete die Sitzung, begrüßte die Anwesenden und stellte fest, dass gegen die Form und Frist der Einladung keine Einwendungen erhoben wurden und dass der Ausschuss beschlussfähig ist. Der Ausschuss war damit einverstanden, TOP 3 nach TOP 1 zu behandeln.

T a g e s o r d n u n g:

TOP 1

Mitteilungen, Anfragen, Niederschriften vom 28.09.2010, 07.12.2010 und 14.12.2010

TOP 2

**Haushalt 2011
- Antragsberatung -**

TOP 3

**2053/11
Eigenbetrieb Wasserversorgung Wetzlar
Wirtschaftsplan 2011
I/719**

TOP 4

**2056/11
Betriebskommission Eigenbetrieb Wasserversorgung Wetzlar
Bestellung von Mitgliedern
I/720**

TOP 5

**2033/10
Teilnahme an der Aktion „Nette Toilette“ in Wetzlar
I/709**

TOP 6

**2048/10
Öffentlicher Personennahverkehr
- Anbindung des Stadtteils Naunheim an eine Durchmesserlinie -
I/714**

TOP 7

2051/11

Wahl eines Ortsgerichtsvorstehers und einer stellvertretenden Ortsgerichtsvorsteherin für den Ortsgerichtsbezirk Wetzlar VI (Münchholzhausen)

I/718

TOP 8

2030/10

Hessentag 2012;

hier: Wirtschaftsplan 2011 und 2012

I/728

Mitteilungsvorlage

TOP 9

1978/10

Förderung HSG D/M Wetzlar

I/712

Mitteilungsvorlage

TOP 10

2022/10

Beteiligungsbericht 2010 für das Geschäftsjahr 2009

I/715

Mitteilungsvorlage

TOP 11

2071/11

Projekt „Sichere Vorweihnachtszeit 2010“

I/727

Mitteilungsvorlage

A b w i c k l u n g der Tagesordnung:

TOP 1

Mitteilungen, Anfragen, Niederschriften vom 28.09.2010, 07.12.2010 und 14.12.2010

Mitteilungen

- Nachtragssatzung und Nachtragshaushaltsplan 2010

OB D e t t e informierte darüber, dass der Nachtragshaushalt 2010 vom Regierungspräsidium ohne Auflagen genehmigt worden sei. Die Genehmigungsverfügung werde der Niederschrift zu dieser Sitzung als Anlage beigelegt.

- Eröffnungsbilanz

OB D e t t e gab davon Kenntnis, die Eröffnungsbilanz sei durch den Magistrat festgestellt und an das Rechnungsprüfungsamt zur Prüfung weitergeleitet worden. Weil

das Rechnungsprüfungsamt schon im Vorfeld eingebunden worden sei, rechne er mit der Vorlage der Eröffnungsbilanz Mitte diesen Jahres. Die vorläufige Eröffnungsbilanz gab er dem Ausschuss zur Kenntnis. Er nannte die verschiedenen Eckpunkte der Eröffnungsbilanz und führte ferner aus, dass er im Zuge der Prüfung nicht mit wesentlichen Änderungen rechne. Stv. K l e b e r bekundete seinen Unmut über die frühzeitige Zeitungsveröffentlichung in dieser Angelegenheit. OB D e t t e betonte, die vorläufige Eröffnungsbilanz sei den Fraktionsvorsitzenden zeitgleich zur Kenntnis gegeben worden.

- Fortschreibung des Haushaltssicherungskonzeptes

OB D e t t e wies darauf hin, das Konzept werde in der nächsten Sitzungsrunde behandelt.

- Wasserversorgung

OB D e t t e teilte mit, ein erneutes Wasserkartellverfahren sei am 24.12.2010 zugestellt worden. Die Rückwirkung betreffe die Jahre 2009/2010. Dabei gehe es um eine Preisminderung von ca. 30 %. Im Gesamtzusammenhang habe die enwag Rechtsschutz begehrt. Ferner werde die enwag diesbezüglich eine Rückstellung von ca. 4 Mio. € vornehmen. Dies führe zu einer Minderung der Gewinnabführung an die Stadt um 1,4 Mio. € (v. 1,7 Mio. € auf 0,3 Mio. €). Stv. B o r c h e r s interessierte zu erfahren, ob es Probleme mit der Konzessionsabgabe im Blick auf den Mindesthandelsbilanzgewinn gebe. OB D e t t e führte ergänzend aus, der enwag seien Vermögenswerte ohne Ausgleich zugeführt worden. Dieses Verrechnungskonto diene dem Ausgleich. Wenn der Mindesthandelsbilanzgewinn nicht erreicht werde, sei die Konzessionsabgabe im nächsten Jahr nachzuholen.

Hinsichtlich der Gewerbesteuer führte OB D e t t e aus, dass eine Gewerbesteuer-Vorauszahlung von 1,1 Mio. € voraussichtlich zurückgefordert werde. Dies veranlasste Stv. B o r c h e r s zu der Frage, ob deswegen nicht die Änderungsliste des Magistrats für diesen Bereich zu überarbeiten sei. Stv. B r e i d s p r e c h e r erklärte, die voraussichtliche Minderung des Gewerbesteueransatzes sei in der Änderungsliste des Magistrats wiederzufinden, um das Verhalten der Kartellbehörde zu dokumentieren. Der Ansatz für die Gewerbesteuer, so OB D e t t e, sei insgesamt zu sehen. Für das Jahr erwarte er Einnahmen in dargestellter Höhe. Deswegen möchte er es bei diesem Ansatz belassen. Eine Anpassung sei im Rahmen des Nachtragshaushaltplanes 2011 möglich. Über die Ansatzänderung bei der Gewerbesteuer in der Änderungsliste des Magistrats möge der Ältestenrat befinden.

Anfragen

- Geschwister-Scholl-Schule

Stv. B o r c h e r s bezog sich auf den Artikel in Wetzlarer Neuen Zeitung vom 01.02.2011, wonach Bgm Lattermann die Aussage getroffen habe, er könne zusagen, dass die Stadt dem Kreis eine Mitfinanzierung anbiete, wenn genügend Druck, wie bei anderen Schulen, aufgebaut werde. Über die Höhe müsse erst noch beraten werden. Deswegen frage er, wie es sich mit der Zuschussgewährung und dessen Höhe verhalte? OB D e t t e betonte, er habe in dieser Angelegenheit noch nicht mit Bgm Lattermann sprechen können. Dass Lattermann konkrete Zusagen gemacht habe,

könne er sich nicht vorstellen. Vielleicht habe er eine finanzielle Beteiligung an der Gestaltung des Schulhofes im Rahmen des Projektes „Soziale Stadt“ gemeint in Verbindung mit der Lösung der Raumprobleme in Hermannstein.

- Optik-Parcours

Stv. W a g n e r erkundigte sich nach dem Sachstand hinsichtlich der vertraglichen Neuordnung. Die vertragliche Neuordnung müsse mit dem Vorstand noch verhandelt werden; die Dinge seien in Vorbereitung, erklärte OB D e t t e.

- Mitgliederversammlung Volksbank Mittelhessen

Stv. K l e b e r berichtete, er habe eine Einladung zur Mitgliederversammlung der Volksbank Mittelhessen, die am 01.03.2011 stattfinde, erhalten. An dieser Veranstaltung möchte er teilnehmen. Als Gastredner werde Herr Gauck erwartet. Dieser Termin kollidiere mit der Sitzung des Finanz- und Wirtschaftsausschusses am 01.03.2011, 18:00 Uhr. Er bitte deshalb um eine andere Terminierung der Ausschusssitzung. Die Ausschussmitglieder verständigten sich darauf, dass die nächste Sitzung am 01.03.2011 bereits um 17:00 Uhr stattfindet.

- Gemütliches Beisammensein

AV H e y e r schlug im Einverständnis mit dem Ausschuss vor, einen Termin hierfür in der Sitzung am 01.03.2011 festzulegen.

- Angelegenheit Arie David

OB D e t t e stellte fest, die Angelegenheit habe sich erledigt.

- Plakatwand an der Zisterne in Garbenheim

Stve. D r o ß erinnerte an ihre Anfrage im Bauausschuss. Herr Ketterer habe in der Sitzung eine Auskunft zugesagt. Bisher sei noch nichts geschehen. Er werde die Sache klären und einen entsprechenden Hinweis im Ältestenrat geben, so OB D e t t e.

- Wachholderberg in Garbenheim -Stützmauer-

OB Dette habe in dieser Angelegenheit Prüfung zugesagt. Sie möchte den Sachstand erfahren, führte Stve. D r o ß aus. OB D e t t e erläuterte die geänderte Rechtslage. Aus dem Plan, den er hier vorlege, ergebe sich die Einbeziehung weiterer Grundstücke.

- Lahnhof

Mit dem Hinweis, dass StR Semler ein Gespräch mit den neuen Eigentümern führen wollte, interessierte Stv. W a g n e r den Sachstand zu erfahren. OB D e t t e gab bekannt, man versuche mit dem Eigentümer Metro wegen Mauritius ein Konzept zu erarbeiten und das StR Semler in den nächsten 3 Wochen ein weiteres Gespräch mit dem Eigentümer führen wolle. Dabei möchte die Stadt vom Eigentümer dessen Vorstellungen über den Veräußerungswert erfahren.

- Lärmschutz Garbenheim

Stv. D r o ß möchte den neuesten Stand der Dinge erfahren. OB D e t t e gab davon Kenntnis, das zuständige Hessische Ministerium habe das ASV beauftragt, die Planung voranzutreiben. Nach seinem Kenntnisstand solle die Vorplanung Mitte diesen Jahres in Berlin vorgelegt werden. Mit Zahlungen sei die Stadt sei derzeit noch nicht im Obligo.

Niederschriften vom 28.09.2010, 07.12.2010 und 14.12.2010

Die Niederschriften wurden in der jeweils vorliegenden Fassung ohne Änderungen genehmigt.

TOP 2

Haushalt 2011

- Antragsberatung -

- Durchsicht des eingebrachten Haushalts

Der Ausschuss war auf Vorschlag von AV H e y e r einverstanden, die Produktbereiche jeweils separat aufzurufen. Zu nachstehend aufgeführten Seiten ergaben sich Fragen, Anregungen und Hinweise.

- 01 - Innere Verwaltung

Seite 54, Pos. 7

Stv. K l e b e r interessierte zu erfahren, ob dort noch eine Ansatzbildung vorgenommen werden könne. OB D e t t e wies auf eventuelle Spendeneingänge hin. Dies finde dann im Nachtrag Berücksichtigung.

Seite 52

Stv. W a g n e r bat um eine Auflistung hinsichtlich der Förderung ausländischer Vereine. OB D e t t e sagte eine Aufstellung, basierend auf dem Jahre 2010, zu.

Seite 60, Pos. 11

Stv. W a g n e r fragte nach der unterschiedlichen Höhe der Personalaufwendungen. Ursächlich sei die personelle Veränderung in der Internetredaktion. Er werde dazu Stellung nehmen, stellte OB D e t t e fest.

Seite 67, Pos. 3

Stv. K l e b e r erkundigte sich nach den Veränderungen. Ausschlaggebend seien hier Veränderungen bei den internen Leistungsbeziehungen aufgrund von Zeitaufschreibungen, teilten OB D e t t e und Frau S i m o n mit.

Seite 67, Nr. 13

Stv. H e d d e r i c h möchte die Gründe für die Höhe der Aufwendungen gegenüber dem Ansatz 2010 wissen. Hier seien Umschichtungen vorgenommen worden, merkte OB D e t t e an.

Seite 86

Stv. K l e b e r bezog sich auf die Beschaffung von DV-Software in Höhe von 171.400 €. Frau S i m o n verlas die Einzelaufstellung laut Mittelanmeldung. 85.000 € seien für die Beschaffung „Software Dokumentenmanagement“ vorgesehen.

Seite 91

Stv. W a g n e r erkundigte sich nach dem Grund der Veranschlagung der Umlagezahlungen an die Versorgungskasse. Herr B a u e r klärte auf.

Seite 115

Stv. H e d d e r i c h wies auf einen redaktionellen Fehler beim Ergebnis 2009 „Verzinsung von Steuernachforderungen“ hin. Es wurde Berichtigung zugesagt.

Seite 129

Stv. K l e b e r fragte nach der Zusammensetzung der Position „Instandhaltung der Gebäude und Außenanlagen“. Herr B a u e r gab die entsprechende Erläuterung ab.

Seite 135

Nach seinem Daführhalten, so Stv. K l e b e r, seien die Planungs- und Ausführungskosten für die Errichtung der Salzhalle im Wirtschaftsplan des Eigenbetriebes Stadtreinigung Wetzlar zu veranschlagen. OB D e t t e erläuterte die Gründe für die Veranschlagung im städtischen Haushalt.

Seite 145

Stv. K l e b e r möchte die Anzahl der städtischen Grundstücke wissen. Die Kämmererei fordere die Unterlagen beim Amt für Wirtschaft und Liegenschaften an, führte OB D e t t e aus.

- 02 - Sicherheit und Ordnung

Seite 162

Stv. W a g n e r erkundigte sich, ob für die Entwicklung eines Demografiekonzeptes entsprechende Vorleistungen zu erbringen seien. Dieser Bereich werde im vorgegebenen Rahmen von der Kommunalen Entwicklungsplanung bearbeitet, so OB D e t t e.

Seite 162/164

Stv. H e d d e r i c h interessierte die Höhe der Ausgaben für die Briefwahl und für den Zensus zu erfahren. OB D e t t e erläuterte den Sachverhalt.

Seite 164

FrkV *M i c h a l e k* mahnte im Zensusbereich eine redaktionelle Änderung an. Die Kämmerei wird dies veranlassen.

- 04 - Kultur und Wissenschaft

Seite 219, Pos.15 und Seite 221

FrkV *M i c h a l e k* sprach den Divergenzbetrag zwischen Ansatz und Erläuterung an. Frau *S i m o n* gab Auskunft.

Seite 228

Stv. *D r o ß* und Stv. *W a g n e r* möchten das Ausweichquartier für das Historische Archiv erfahren. Zur Zeit werde die Angelegenheit geprüft, konstatierte OB *D e t t e*.

- 06 - Kinder-, Jugend- und Familienhilfe

Seite 283, Pos. 17

Ob hier nach dem Bruttoprinzip verfahren werde, möchte Stv. *W a g n e r* wissen. Hierzu wies OB *D e t t e* auf die Aufgliederung auf Seite 284 hin und Frau *S i m o n* gab weitergehende Erläuterungen zur Veranschlagung beim UVG ab.

Seite 396

Stv. *K l e b e r* brachte die Veranschlagung von Kosten für den Jugendraum in Hermannstein zur Sprache, Ansatz 1.080 €. Es handele sich um keine Miete, sondern um Nebenkosten, äußerte sich Frau *S i m o n*.

Unter Bezugnahme auf die Honorare für die Arbeit der offenen Jugendarbeit möchte Stv. *D r o ß* den Anteil für Garbenheim erfahren. Hierzu möge der Ortsbeirat bitte eine Anfrage stellen, merkte OB *D e t t e* an.

- 08 - Sportförderung

Seite 407

Nach seiner Auffassung, so Stv. *K l e b e r*, seien die sonstigen Erstattungen an verbundene Unternehmen zu kürzen, wenn das Bad für längere Zeit geschlossen sei. Laut Stv. *B r e i d s p r e c h e r* gelte dies auch bei Nutzung des Saunabereiches. OB *D e t t e* führte aus, erforderliche Anpassungen erfolgten im Rahmen des Nachtragshaushaltsplanes.

Seite 418

Stv. *D r o ß* hinterfragte, ob in dem Ansatz für Kleingeräte etc. in Höhe von 15.000 € Mittel für den defekten Ballfangzaun am Sportplatz Garbenheim enthalten seien. OB

D e t t e merkte an, dieser Betrag finde sich nicht im Teilfinanzhaushalt wieder, der Betrag sei im Teilergebnishaushalt unter Sportstätten-Reparatur zu veranschlagen.

FrkV M i c h a l e k möchte erfahren, ob für den Kunstrasenplatz im Büblingshausen schon Zuschussanträge gestellt worden seien. OB D e t t e sagte Klärung zu.

- 11 - Ver- und Entsorgung

Seite 455

OB D e t t e gab zur Kenntnis, dass von dem Ansatz von 1.415.500 € für Kanalsanierungsmaßnahmen 460.000 € für die Kanalisierung des Bahnhofvorplatzes vorgesehen seien.

- 12 - Verkehrsflächen und -anlagen, ÖPNV

Seite 479

Stv. K l e b e r vermisste den Zusammenhang des Ansatzes für Prüf- und Messmittel zum Produkt. Herr B a u e r erklärte, es handle sich um Mittel für Sicherheitsmaßnahmen. OB D e t t e sagte Textänderung in der Erläuterung zu.

Seite 487

Stv. W a g n e r fragte sich, warum die Verlängerung der Straße im Bodenfeld nicht dem Produkt „Hessentag“ zugeordnet worden sei. Dem Produkt „Hessentag“ würden nur zielgerichtete Maßnahmen, keine mit Nachhaltigkeit, zugeordnet, konstatierte OB D e t t e.

- 13 - Natur- und Landschaftspflege

Seite 515

Stv. W a g n e r machte darauf aufmerksam, als Produktverantwortlicher sei noch der Name der ehemaligen Amtsleitung aufgeführt. Außerdem erkundigte er sich nach dem Stand des Stellenbesetzungsverfahrens. OB D e t t e schilderte den Sachverhalt.

- 15 - Wirtschaft und Tourismus

Seite 538

Stv. W a g n e r fragte nach der Zweckbestimmung von 1.000 € für Überwachungsvideos. Nach seinem Kenntnisstand, handle es sich um die Überwachung des „Optiknetischem Gleichgewichts“. Er werde sich Sachkundig machen, so OB D e t t e.

Im Sachzusammenhang erkundigte sich Stv. D r o ß, wer den Hochwasserschaden an der Wasserorgel trage. Die Beantwortung erfolge in der nächsten Ausschusssrunde, gab OB D e t t e bekannt.

- Änderungsliste des Magistrats

Nr. 100/3, Seite 560, Pos. 7

Die Nachfrage von Stv. *H e d d e r i c h* nach der Differenz bei den allg. Zuweisungen, klärten OB *D e t t e* und Frau *S i m o n* auf.

Abstimmung: 11.0.0.

- Antragsberatung

Nr. 101, Seite 248, Pos. 17

Stv. *B r e i d s p r e c h e r* fragte sich, wie das mit den Pässen funktionieren solle. Bezüglich der Kulturangebote wies er auf das Negativbeispiel Berlin-Neukölln hin, wo die Inanspruchnahme nicht nennenswert gewesen sei. Er sei generell dagegen. Stv. *W a g n e r* erinnerte an den seinerzeit gestellten Antrag, führte aber auch aus, dass ein Konzept noch nicht vorliege, machte aber gleichzeitig auf das Positivbeispiel Marburg aufmerksam.

Abstimmung: 4.7.0.

Nr. 102, Seite 261, Pos. 13

Stv. *B r e i d s p r e c h e r* führte aus, beim Ansatz gebe es keine Defizite. Demgegenüber äußerte sich Stv. *W a g n e r*, dafür gebe es Hinweise aus dem Jugendhilfeausschuss. OB *D e t t e* merkte an, im Jahre 2009 sei ein Sonderförderung erfolgt.

Abstimmung: 4.6.1.

Nr. 103, Seite 376, Pos. 13

OB *D e t t e* sah keine Notwendigkeit aus fachlicher Sicht. FrkV *M i c h a l e k* erinnerte an die Abstimmung im Bauausschuss.

Abstimmung: 0.8.3.

Nr. 104, Seite 394, Pos. 13

Nach seiner Auffassung, so Stv. *B o r c h e r s*, handele es sich um keine konkrete, sondern um eine rein plakative Begründung.

Abstimmung: 4.7.0.

Nr. 105, Seite 458, Pos. 13

Stv. *B r e i d s p r e c h e r* erinnerte an die Erläuterungen von Herrn Ketterer im Umwelt-, Verkehrs- und Energieausschuss. Stv. *K l e b e r* betonte, die Begründung für den Antrag ergebe sich aus dem Ist-Zustand. Hiermit sollen auch die Rückstände abgearbeitet werden. Als „gegriffen“ bezeichnete FrkV *M i c h a l e k* den Betrag. Nach Winterende wünsche er eine Schadensaufstellung wegen der Setzung von Prioritäten.

Abstimmung: 4.7.0.

Nr. 106, Seite 528, Pos. 13

Stv. *Breidsprecher* vermisste die Konkretheit im SPD-Antrag. Er führte aus, was aus seiner Sicht auf dem Energiesektor schwerlich wirtschaftlich machbar sei. Betonte aber, dass er Blockheizkraftwerke begrüße. Alles andere würde sich ihm nicht erschließen. Stv. *Kleber* kritisierte, dass die enwag lediglich Verkäufer sei. Er befürchte, bei gleicher Geschäftspolitik, werde die enwag in dieser Form nicht bestehen bleiben. Stv. *Breidsprecher* teilte diese Auffassung nicht. Stv. *Wagner* betonte, die SPD möchte eine Konzepterstellung mit externer Begleitung.

Abstimmung: 4.6.1.

Nr. 107, Seite 532, Pos. 15

Abstimmung: 4.7.0.

Nr. 201, Seite 134, Pos. 5

OB *Dette* erläuterte den Sachverhalt anhand der Grundstücksangelegenheiten und Mitnutzung durch Amt -68- (Stadtbetriebsamt). Die SPD werde diese Angelegenheit überdenken, gab Stv. *Wagner* bekannt.

Der Antrag wurde im Geschäftsgang belassen.

Nr. 202, Seite 159, Pos. 5

Abstimmung in der Fassung des Bauausschusses: 11.0.0.

Nr. 203, Seite 198

OB *Dette* merkte an, er wisse nicht ob der angenommene Betrag kassenwirksam werde.

Abstimmung: 11.0.0.

Nr. 204, Seite 203, Pos. 5

Der Antrag wurde im Geschäftsgang belassen.

Nr. 205, Seite 217 a (neu), Pos. 5

Abstimmung in der Fassung des Kultur-, Freizeit- und Partnerschaftsausschusses: 11.0.0.

Nr. 206, Seite 220, Pos. 5

OB *Dette* bemerkte hierzu, ein Investitionszuschuss bleibe Investitionszuschuss, auch wenn der Zuschuss für das Ochsenfest bestimmt sei.

Abstimmung: 4.7.0.

Nr. 207, Seite 406, Pos. 5

Keine Wortmeldungen.

Abstimmung: 11.0.0.

Nr. 208, Seite 416, Pos. 5

Keine Wortmeldungen.

Abstimmung: 11.0.0.

Nr. 209/2010, Seite 449, Pos. 5

Keine Wortmeldungen.

Abstimmung in der Fassung des Bauausschusses: 11.0.0.

Nr. 211, Seite 460, Pos. 5

Keine Wortmeldungen.

Abstimmung: 10.1.0.

Nr. 212, Seite 460, Pos. 5

Keine Wortmeldungen.

Gesplittete Abstimmung. Ziffer 1: 4.7.0. Ziffer 2: 11.0.0.

Nr. 213, Seite 460, Pos. 5

Stv. B o r c h e r s erbat nähere Einzelheiten. Stv. K l e b e r klärte auf.

Abstimmung: 4.7.0.

Nr. 214, Seite 470, Pos. 5

OB D e t t e berichtete, es handele sich hier um ein Entfluchtungskonzept im Zusammenhang mit dem Hesseitag. Man benötige Planungsmittel. Während Stv. B o r c h e r s befand, dass der Antrag unglücklich formuliert sei, erkundigte sich Stv. W a g n e r nach dem Zeitfenster und kritisierte fehlende Angaben im Investitionsplan. Zum Zeitfenster gab OB D e t t e bekannt, Planungsmittel für die Westtangente benötige man für die beiden nächsten Jahre. Das Fehlen von Zahlen im Investitionsplan sei auf die noch fehlende Kostenplanung zurückzuführen.

Abstimmung Teil I mit Sperrvermerk Stadtverordnetenversammlung: 11.0.0.

Abstimmung Teil I VE: 1.10.0.

Nr. 215, Seite 474, Pos. 5

OB D e t t e merkte an, es handele sich um einen vorgezogenen Investitionsaufwand, vergleichbar mit der Ablösung einer Kirchenbaulast.

Der Antrag wurde im Geschäftsgang belassen.

Nr. 216, Seite 482, Pos. 5

Die Nachfrage von Stv. D r o ß nach den Eigentümern der Grundstücke wird von OB D e t t e geklärt.

Der Antrag wurde im Geschäftsgang belassen.

Nr. 217, Seite 482, Pos. 5

Abstimmung in der Änderungsempfehlung des Umwelt-, Verkehrs- und Energieausschusses und des Bauausschusses: 11.0.0.

Nr. 218, Seite 491, Pos. 5

OB D e t t e hielt zu diesem Antrag eine Diskussion für unnütz.

Abstimmung: 5.6.0.

Nr. 219, Seite 496, Pos. 5

Keine Wortmeldungen.

Abstimmung: 5.6.0.

Nr. 220/221, Seite 496, Pos. 5

Abstimmung in der Fassung des Umwelt-, Verkehrs- und Energieausschusses und des Bauausschusses: 11.0.0.0

Nr. 222, Seite 516, Pos. 5

Keine Wortmeldungen.

Abstimmung: 10.0.1.

TOP 3

2053/11

Eigenbetrieb Wasserversorgung Wetzlar Wirtschaftsplan 2011

Originär beziehe sich der Wirtschaftsplan auf die Pacht- und Benutzungsentgelte sowie den Wasserbezug, erläuterte OB D e t t e und führte auf die Nachfrage von Stv. H e d-
d e r i c h ferner aus, dass die Vergütung für den Betriebsleiter jährlich 4.800 € betrage.

Diese Vergütung sei insofern angemessen, weil der Betriebsleiter die Verantwortung für die Erstellung des Abschlusses, den Wasserbezug und den Gebühreneinzug trage. Stv. B o r c h e r s möchte wissen, zu welchem Zeitpunkt mit den Gebührenbescheiden zu rechnen sei? OB D e t t e informierte darüber, dass zur Zeit die Daten übergeleitet und diese mit den Daten für die Grundbesitzabgaben verknüpft werden. Hinsichtlich des Zugangs der Vorauszahlungsbescheide gehe er von Mitte März 2011 aus, fügte Herr S c h ä f f n e r hinzu.

Im Gesamtzusammenhang gab OB D e t t e desweiteren davon Kenntnis, der Landesrechnungshof werde die Gebührenkalkulation überprüfen. Die Ausschreibung für ein damit zu beauftragendes Unternehmen sei erfolgt. Er rechne Mitte dieses Jahres mit dem Prüfungsergebnis. Dieses Ergebnis werde für die Gremien transparent gemacht. Im Blick auf die Prüfung des Landesrechnungshofes, erkundigte sich Stv. W a g n e r, ob es sich hierbei um eine vergleichende Prüfung handle. Es handle sich um eine Prüfung die lediglich Wetzlar betreffe, konstatierte OB D e t t e.

Stv. B r e i d s p r e c h e r brachte die Sache „Mitbewerber für die Wasserversorgung“ zur Sprache. Hierzu gab OB D e t t e zur Kenntnis, ein privater Versorgungsanbieter habe sich wegen fehlender Ausschreibung beschwert. Bei dem nunmehr kursierenden Schreiben handle es sich um ein allgemeines Bewerbungsschreiben.

Stv. B r e i d s p r e c h e r brachte den Betrag von 70.000 € für „Dienstleistung Stadt“ als Frage ein sowie das Interesse zu erfahren, wer hinsichtlich der Preisgestaltung Gespräche mit dem ZMW führe. OB D e t t e klärte auf, es handle sich um eine Personalkostenerstattung für 1,5 VZA zur Bearbeitung der Wassergebühren. Verhandlungspartner sei die Stadt als Vertragspartner.

Abstimmung: 7.4.0.

TOP 4

2056/11

Betriebskommission Eigenbetrieb Wasserversorgung Wetzlar Bestellung von Mitgliedern

OB D e t t e regte an, diesen Tagesordnungspunkt zunächst im Ältestenrat zu erörtern. Die Ausschussmitglieder waren einverstanden.

Die Vorlage wurde im Geschäftsgang belassen.

TOP 5

2033/10

Teilnahme an der Aktion „Nette Toilette“ in Wetzlar

AV H e y e r wies auf die Änderungsempfehlung des Kultur-, Freizeit- und Partnerschaftsausschusses hin. Stv. W a g n e r bezeichnete die Teilnahme als vernünftigen Ansatz.

Abstimmung in der Fassung des Kultur-, Freizeit- und Partnerschaftsausschusses: 11.0.0.

TOP 6

2048/10

Öffentlicher Personennahverkehr

- Anbindung des Stadtteils Naunheim an eine Durchmesserlinie -

Stv. W a g n e r erinnerte daran, dass die Angelegenheit schon mehrfach diskutiert worden sei. Er stellte jedoch nochmals klar, man fordere keine Zusatzleistungen. Der Ortsbeirat möchte eine Durchmesserlinie, evtl. in Verbindungen mit bereits vorhandenen Linien. Er machte deshalb einen entsprechenden Änderungsvorschlag:

„Der Magistrat wird beauftragt zu untersuchen, wie der Stadtteil Naunheim durch Zusammenfügen am Bahnhof endender Buslinien kostenneutral mit einer Durchmesserlinie versorgt werden kann.“

OB D e t t e sah hinsichtlich des Änderungsvorschlages keine Bedenken. Stv. B r e i d s p r e c h e r fand den Änderungsvorschlag vernünftig.

Abstimmung mit o.g. Änderung: 11.0.0.

TOP 7

2051/11

Wahl eines Ortsgerichtsvorstehers und einer stellvertretenden Ortsgerichtsvorsteherin für den Ortsgerichtsbezirk Wetzlar VI (Münchholzhausen)

Keine Wortmeldungen.

Die Vorlage wurde zur Kenntnis genommen.

TOP 8

2030/10

Hessentag 2012;

hier: Wirtschaftsplan 2011 und 2012

OB D e t t e erläuterte den Wirtschaftsplan und ging auf Nachfragen von Stv. H e d d e r i c h, Stv. K l e b e r und Stv. B r e i d s p r e c h e r, hier insbesondere Sponsoring Kinderland und Zusammenarbeit mit der Bundeswehr, auf die entsprechenden Details ein. Stv. W a g n e r interessierte zu erfahren, warum es einige textliche Erläuterungen ohne Beträge gebe. OB D e t t e merkte an, in diesen Fällen sei die Höhe der Ausgaben noch zu klären.

Die Vorlage wurde zur Kenntnis genommen.

TOP 9
1978/10
Förderung HSG D/M Wetzlar

Keine Wortmeldungen.

Die Vorlage wurde zur Kenntnis genommen.

TOP 10
2022/10
Beteiligungsbericht 2010 für das Geschäftsjahr 2009

Keine Wortmeldungen.

Die Vorlage wurde zur Kenntnis genommen.

TOP 11
2071/11
Projekt „Sichere Vorweihnachtszeit 2010“

Keine Wortmeldungen.

Die Vorlage wurde zur Kenntnis genommen.